

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 31. 33. Jahrg.

30. Juli 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat. Rundschau. Fünfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — **Allgemeines:** Eine christlich-graphische Internationale. Ortsbericht: Glau-dhau i. S. — **Die photomechanischen Fächer:** Wohin der Weg? — Hier ist die Antwort! — **Die Tapetenbrande:** Ortsbericht: Hildesheim, Formstedter. — **Feuilleton:** Der Völkerhaß. Eingegangene Schriften. — **Opfer des Krieges.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Achtung!

In Graudenz stehen die Lithographen, Stein-drucker und Buchdrucker im Streik. Die Firma Graudenzler Lithographische Kunstanstalt sucht deutsche Kollegen nach dort zu ziehen. Graudenzler Arbeitsangebote sind abzulehnen und Zuzug nach Graudenz ist fernzuhalten.

Achtung!

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

Trotz aller Ideologien, die das so dringliche Problem des Wiederaufbaues des zusammengebrochenen deutschen Wirtschaftslebens begleiten, ringt sich die Erkenntnis durch, daß nur praktische gemeinsame Arbeit die einzige Helferin aus aller Not ist. So stark auch bei Erwägung der anzuwendenden Mittel und einzuschlagenden Wege auch bei diesem Problem die Klassengegensätze aufeinanderprallen, läßt sich doch dadurch die Tatsache nicht verwischen, daß zwei fast gleich starke Kräfte miteinander ringen, von denen keine vermag, die Wage, die Übergewichts zu seinen Gunsten zu neigen. Und wie immer bei gleichstarken gegenüberstehenden Kräften nur ein Kompromiß den Weg zu praktischer Arbeit eröffnet, so auch nur die Möglichkeit des Reichswirtschaftsrates für praktische Arbeit auf dem Wege des Kompromisses.

Damit ist schlechthin die Bestätigung dafür gegeben, daß das deutsche Wirtschaftsleben mit den bisher üblichen kapitalistischen Mitteln nicht wieder aufgebaut werden kann, sondern nur Gemeinsamkeitsarbeit zum Ziele führt. Inwieweit die gesetzliche Regelung der Gemeinsamkeitsarbeit des Reichswirtschaftsrates zum Ziele führt, hängt wesentlich davon ab, ob man versteht, die vorhandenen gegensätzlichen Kräfte in richtigem Ausmaß auszuwerten. Die gegensätzlichen Interessen, die schon bei Gestaltung des Betriebsrätegesetzes eine so künftige Unzulänglichkeit in die Welt setzten, werden auch vor den Toren des Reichswirtschaftsrates nicht Halt machen, sondern auch seinen Entschlüssen und Begutachtungen sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Gesetzesentwürfe den Stempel aufdrücken. Schon allein die bestehenden gegensätzlichen Interessen lassen die Annahme, daß die Betätigung der Arbeiter im Reichswirtschaftsrat eine Beeinflussung des prinzipiellen Kampfes zugunsten der Harmonielehre herbeiführe, als hinfällig erscheinen, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Massen eine solche Wandlung gar nicht mitmachen würden.

Der Reichswirtschaftsrat, dessen zweite Tagung sich mit den wirtschaftspolitischen Ergebnissen von »Spa« beschäftigte, ist die ge-

setzlich und verfassungsmäßig verankerte Fortsetzung des bisher beim Reichswirtschaftsministerium bestehenden Wirtschaftsrates. Auf Verordnung vom 4. Mai 1920, die Gesetzeskraft hat, berufen, hat er alle Fragen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu beraten. »Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzesentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Er hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen.« So lautet die Bestimmung sowohl in der Verfassung wie auch in der Verordnung vom 4. Mai 1920 über den Zweck des Reichswirtschaftsrates. Er ist ein Wirtschaftsparlament, das Gesetze für das Wirtschaftsleben, über die der Reichstag endgültig zu entscheiden hat, vorbereitet und begutachtet. Deshalb gibt die Verordnung vom 4. Mai 1920 ihm auch den Charakter eines Parlaments. Es kann Auskünfte von der Reichsregierung verlangen und Sachverständige zu seinen Beratungen heranziehen. Die Geschäftsordnung, die der Reichswirtschaftsrat sich vorläufig gegeben hat, gleicht in wichtigen Punkten der des Reichstages. Seine Mitglieder dürfen wegen ihrer Abstimmung oder wegen der in Ausübung ihrer Mitgliedschaft getanen Äußerungen weder gerichtlich noch dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates soll paritätisch sein, d. h. zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Unternehmern bestehen. Bei den 24 Vertretern, von denen je 12 die Länder und die Reichsregierung nach freiem Ermessen ernennen, ist diese Parität in so eigenartiger Weise gewahrt worden, daß nicht ein einziger Arbeitervertreter in die Lage kommt, einen dieser 24 Sitze drücken zu müssen. In seiner Gesamtheit besteht der Reichswirtschaftsrat aus 326 Vertretern, von denen 68 der Land- und Forstwirtschaft, 6 der Gärtnerei und Fischerei, 68 der Industrie, 44 dem Handel, Banken- und Versicherungswesen, 34 dem Verkehr und öffentlichen Unternehmungen und 36 dem Handwerk angehören. Von diesen 256 Vertretern müssen je die Hälfte von der Arbeitgeberschaft und von der Arbeiterschaft vorgeschlagen sein. Die restlichen 70 Vertreter entfallen auf die Verbraucher (30), Beamtenschaft und freie Berufe (16), auf Persönlichkeiten, die mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Länder besonders vertraut sind (12) und auf Personen, die die Reichsregierung nach freiem Ermessen ernannt (12).

Welche Aufgaben sich der Reichswirtschaftsrat selbst stellt und wie er sie zu lösen gedenkt, hat der Vorsitzende dieses Parlaments, Edler von Braun, den das Los auf den Präsidentenstuhl gegen einen Arbeiter rief, in einem Vortrag vor den Vertretern der Presse zum Ausdruck gebracht. Wir entnehmen dem Vortrag über die Aufgaben des Reichswirtschaftsrates nur das wichtigste in folgenden Worten:

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat habe die Aufgabe, den Grundbau zu schaffen für den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der unter Hinzutritt der Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen gebildet werden

soll. Er stelle ein Wirtschaftsparlament dar, das jedoch Plenarsitzungen nur in beschränktem Umfange abhalten werde, zumal ja auch das Gremium dafür zu groß sei. Die Haupttätigkeit werde in den Ausschüssen liegen, von denen bereits drei gebildet seien, der Geschäftsordnungsausschuß, der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuß. Diese Ausschüsse würden auch während der Vertagung des Reichswirtschaftsrates arbeiten, und insbesondere der wirtschaftspolitische Ausschuß würde dauernd tagen müssen zur ständigen Beratung des Reichswirtschaftsministeriums in den schwebenden wirtschaftspolitischen Fragen. Es sei außerdem noch eine größere Anzahl von Unterausschüssen in der Bildung begriffen; in erster Linie sei ein Ernährungsausschuß geplant, ferner sei ein Unterausschuß gebildet worden und bereits in Tätigkeit zur Behandlung des Antrages Wissell, in welcher Weise der Schließung der wirtschaftlichen Betriebe entgegengetreten werden könne, die zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führt.

In nächster Zukunft werde der Reichswirtschaftsrat seine Tätigkeit zwei Hauptaufgaben zu widmen haben, und zwar der Auflösung der Zwangswirtschaft und der Ordnung der Finanzwirtschaft. In der Zwangswirtschaftsfrage bestehe in weiten Kreisen die Auffassung, daß ihre Zeit abgelaufen sei und durch kein Mittel wiedererweckt werden könne. Gerade aus Verbraucherkreisen kämen die Forderungen, daß mit den Resten der Zwangswirtschaft aufgeräumt werden müsse, denn in dem Augenblick, wo die Preisfestsetzung so erfolge, daß sie sich den Wirtschaftsverhältnissen anpasse, habe die Bevölkerung die Überzeugung, daß sie sich im freien Handel billiger eindecken könne.

Die Ordnung der finanziellen Wirtschaft müsse von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß wir nicht so weiter wirtschaften könnten wie bisher, weil sonst der Staatsbankrott unvermeidlich sei. Immerfort neues Papiergeld zu schaffen, sei nur eine Verzweiflungstat, die auf die Dauer den Zusammenbruch herbeiführt. Auch in der jetzigen Form der Steuergesetzgebung erblickt Herr von Braun kein Heilmittel. Sie sei mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gegenwart nicht vereinbar. Hauptaufgabe sei es daher, im engsten Zusammenwirken zwischen Unternehmern, Arbeitern und Verbrauchern die Wege zu suchen, auf denen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten wieder Ordnung in unsere Finanzen gebracht werden könne. Dabei müsse der Reichswirtschaftsrat versuchen, sich von Parteipolitik völlig freizuhalten. Falls der Reichswirtschaftsrat die Parteibrille beiseite lege, werde er auch ein maßgebender Faktor für das Reichs-parlament sein, dann werde es auch gleichbedeutungsvoll sein, ob er nun als verantwortlicher Gesetzgeber oder nur als Gutachter tätig sei. Das Gewicht seines Gutachtens werde dann so stark sein, daß der Reichstag und die Parteien, um nicht ihre Stellung gegenüber dem Volk zu schädigen, nicht über das Votum des Reichswirtschaftsrates würden hinweggehen können. Bedauerlich sei es, daß der Reichswirtschaftsrat nicht auch bei den gegenwärtigen Verhandlungen in Spa mitwirke, obwohl ihm dies zugesichert worden sei.

Die Lösung der Wirtschaftskrise, die in der jetzigen Zeit noch immer schärfere Formen annehmen werde, müsse Aufgabe der deutschen Volkswirtschaft und Politik sein. Nicht in den Formen des Kapitalismus oder Sozialismus könne die Lösung gesucht werden, sondern es müsse eine neue Wirtschaftsform gefunden werden unter Zusammenfassung der Arbeiter und der Unternehmer. Es müsse ein neuer Wirtschaftsorganismus gebildet werden, der die Initiative und den Unternehmungsgeist nicht lähme, andererseits aber dem Arbeiter eine Stellung gebe, in der er sich nicht als Ausbeutungsobjekt des Unternehmers fühle. Dies werde die wichtigste Aufgabe des Reichswirtschaftsrats sein.

Daß der Reichswirtschaftsrat, dieses einzigartige Parlament, in allen Kreisen wirtschaftspolitischer Betätigung stärkste Aufmerksamkeit findet und schon bei seiner Geburt Lob und Tadel erfährt, ergibt sich aus seiner ganzen Stellung. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der »Vorwärts«, begrüßt den Reichswirtschaftsrat als neues Gutachterparlament und sagt weiter:

»Theorie und praktische Erfahrungen, Genialität und natürliches Empfinden für das Mögliche müssen auf dem Gebiet der Wirtschaft aufs engste zusammenwirken. Deshalb ist es so furchtbar schwer, erfolgreich zu wirtschaften. Wir sehen im neuen Reichswirtschaftsrat jene vorzügliche Schule der Arbeiterschaft, die besser als irgend eine andere Institution geeignet sein wird, sozialistische Wirtschaftsführer heranzubilden. Nur Schwachsinnige können glauben, daß ein Arbeitervertreter dümmere wird, wenn er Gelegenheit findet, mit hervorragenden Leitern großer Unternehmungen sich auszupreden oder ihre Ausführungen persönlich auf sich einwirken lassen zu können. Nichts trägt besser zur Vertiefung des eigenen Wissens und zur Festlegung des eigenen Standpunktes bei, als die sachliche Aussprache mit Fachleuten, die auf gegnerischem Boden stehen. Im politischen Leben und Kampf außerhalb der Parlamente fehlt ja diese Auseinandersetzung der Fachleute, da reden die Wortführer der Parteien aneinander vorbei.

Bringen wir also dem neuen Wirtschaftsrat das Vertrauen entgegen, daß sich in seinem Kreise die schwierigen und oft völlig undurchsichtigen wirtschaftlichen Probleme soweit werden klären lassen, daß sie als Bilder mit festen Konturen vor das große Parlament gebracht werden können, das die besten Mittel zu suchen hat, um sachlich geklärte Fragen zu erledigen. Für den Sozialismus und seine Fortentwicklung bedeutet der Reichswirtschaftsrat keine Gefahr, sondern im Gegenteil eine erhebliche Förderung; er wird dazu beitragen, daß in weitester Kreise die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer organisierten Wirtschaft dringt.

Die »Freiheit«, das Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bezeichnet es als große Illusion, zu hoffen, daß der Reichswirtschaftsrat sich eine große Autorität erwerben und die Vorstufe für ein wirkliches Wirtschaftsparlament werde, das an Stelle des politischen Parlaments, die wirtschaftlichen Gesetze geben werde. Aber wenn der Wirtschaftsrat auch nie ein Parlamentsersatz werden könne, so werde er vielleicht unter verständiger Führung etwas anderes leisten.

»Er wird versuchen können, über alle wirtschaftlichen Probleme die Öffentlichkeit möglichst vollständig zu informieren, um so zur Bildung einer wirklich unterrichteten öffentlichen Meinung in wirtschaftlichen Fragen beizutragen. Nirgends ist dies notwendiger als in Deutschland, zu einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Fragen so kompliziert und schwierig sind. In England hat man mit großem Erfolg dazu das Mittel der Enquêtes verwandt. Das Mittel ist einfacher und würde auch für uns ausgereicht haben. Das Nützliche, was der

Wirtschaftsrat wird leisten können, wird aber wesentlich auf diesem Gebiete liegen.

Es sei dahingestellt, welche von beiden Anschauungen die Geschichte als richtig erweisen wird, sicher ist, daß der Reichswirtschaftsrat schwere Arbeit vorfinden wird. Ob er, wie verschiedentlich vermutet wird, versucht, sein Tätigkeitsgebiet zu erweitern und dadurch eine Ära des Kampfes zwischen ihm auf der einen und dem Reichstag und dem Reichsrat auf der andern Seite einleitet, wird sich aus den Verhältnissen ergeben. Jedenfalls wird der Reichswirtschaftsrat in Zukunft die Stellung im Staatswesen einnehmen, die er sich erarbeitet.

Rundschau.

Da machen wir nicht mit! Am 6. Mai erließ der Reichsarbeitsminister eine Verordnung zur Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge vom 26. Januar 1920, die in ihrem § 12, Absatz 1 folgende Fassung hat: »Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht sowie Rentenbezüge sind für die Beurteilung der Bedürftigkeit zur Hälfte ihres Betrages in Betracht zu ziehen und in dem gleichen Umfang auf die Unterstützung anzurechnen.«

Nach dieser Verordnung sind auch die Unterstützungen, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern zahlen, zur Hälfte anzurechnen, trotzdem sie gar nicht den Charakter von Versicherungsrenten tragen. Ganz abgesehen von der Bevorzugung der Organisierten, deren Ersparnisse nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden, ist diese Verordnung ebenso bürokratisch wie unsozial und ungerecht. Die Gewerkschaften zahlen ihre Unterstützungen nicht um dem Staat seine Verpflichtungen abzunehmen. Es ist deshalb Pflicht aller Funktionäre dort, wo die Unterstützung des Verbandes zur Erwerbslosenunterstützung in Anwendung gebracht werden soll, sofort dem Vorstand Mitteilung zu machen.

Reichswirtschaftsrat und Kohlenabkommen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, der in seiner letzten Zusammenkunft zu den wirtschaftspolitischen Fragen des Abkommens von Spa Stellung nahm und zur Art und Form der Sozialisierung des Kohlenbergbaues Stellung nehmen will sobald der Bericht der Sozialisierungskommission, der bis spätestens 1. September 1920 erwartet wird, vorliegt, folgende Resolution von seinem wirtschaftspolitischen Ausschuß zur Beschlusfassung vorgelegt erhalten:

»Der Reichswirtschaftsrat erblickt in dem Kohlenabkommen von Spa, das unter der von den Ententevertretern angedrohten Besetzung des Ruhrreviers angenommen werden mußte, eine Belastung des deutschen Wirtschaftslebens, deren Folgen unabsehbar sind. Wenn die durch das Abkommen bedingte verschärfte Kohlenknappheit nicht zu einer Katastrophe für Land und Volk führen soll, so muß sofort eine ungewöhnlich starke Steigerung der Kohlenproduktion eintreten. Sie hat eine Kraftanstrengung der Bergarbeiter zur Voraussetzung, die bei den derzeitigen Ernährungsverhältnissen nicht geleistet werden kann. Das erforderliche hohe Maß an Arbeitskraft, Arbeitsfreude und Arbeitsintensität macht die genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kohlenbergbaues zur dringenden Notwendigkeit, damit die Bergarbeiter und Angestellten mehr als bisher zur klaren Einsicht der Verhältnisse im Bergbau gelangen und zu mit verantwortlichen Trägern der nach gemeinschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnenden Kohlenwirtschaft werden.«

Warum Boykott Ungarns. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den Boykott gegen Ungarn beschlossen auf Grund einwandfreien Materials über den sogenannten weißen Terror. Aus diesem Material seien hier einige Fälle angeführt, die nur von Menschen vollführt werden können, die seelisch Tiere sind.

In Szekszard wurde Deak, ein Mann von 65 Jahren, mit seinem Sohn und Schwiegersohn von Detachment Jankovic gefangen genommen; die drei Männer wurden ohne jeden Prozeß gehängt. Die Tochter Deaks wurde gezwungen, mit ihren beiden Kindern der Hinrichtung ihres Vaters, ihres Mannes und ihres Bruders beizuwohnen.

In demselben Orte wurde Imre Engel auf folgende Weise hingerichtet. Es wurde ihm der Bauch aufgeschnitten, der dann mit Salz gefüllt wurde. Daraufhin ließ man ihn »ruhig sterben«.

In Kecskemet wurden mehr als 200 Personen von den Offizieren ermordet. Bakony Amal wurde mit noch 36 anderen, deren Namen alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund bekannt sind, aus dem Gefängnis geschleppt und nach fürchterlichen Martern im Walde von Orgovany ermordet.

Andere Personen wurden mit Steinen beschwert und dann gezwungen, in die Theiß zu springen.

Lohn und Krankheit. Bekanntlich werden zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten alljährlich große Summen geopfert. Die Lebensversicherungsgesellschaften haben nun festgestellt, daß

die Todesursache infolge von ansteckenden Krankheiten dem Lohn entspricht. Bei niedrigem Lohne ist die Sterblichkeit für ansteckenden Krankheiten besonders groß, bei hohem Lohn besonders gering. Daraus ergibt sich, daß die ansteckenden Krankheiten um so mehr nachlassen werden, je besser das soziale Los ist. Darum sollte man unseren wirtschaftlichen Forderungen mehr Verständnis entgegenbringen. Dann sind die großen Summen, die alljährlich zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten verwandt werden, überflüssig. Aber was geht dem Unternehmertum der Staatsbeute an! Das Unternehmertum hat diese Gelder ja nicht zu zahlen. Das zeigt, daß letzten Endes nur ein Gemeinheitsleben eine völlig soziale Regelung bringen kann.

Verbraucherkammern. Während für den Handel in den Handelskammern, für das Handwerk in den Gewerbekammern, für die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern und für den Kleinhandel teilweise in Detaillistenkammern öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen geschaffen sind, fehlten solche bisher für die in keine dieser Gruppen hineinpassenden gemeinwirtschaftlichen Konsumgenossenschaftsbetriebe. Vielfach waren und sind sie gezwungen, Beiträge zu den bestehenden Kammern zu leisten, die sich dafür ihre Bekämpfung angelegen sein lassen. Deshalb haben sie seit Jahren mit Nachdruck, bisher aber nur mit geringem Erfolg, eine eigene Interessenvertretung gefordert. Am 9. Juli hat nun die Hamburger Bürgerschaft ein Gesetz beschlossen, das den Wünschen der Verbraucherorganisationen in vollem Umfang Rechnung trägt; es wird eine Kammer der Vereinigungen nichtgewerblicher Verbraucher geschaffen, deren Zusammensetzung für eine wirklich sachverständige Erledigung ihrer Aufgaben Gewähr leistet. Sie wird in gleicher Weise wie die schon bestehenden Kammern arbeiten.

Sozialist sein heißt keineswegs bloß den Triumph einer bestimmten Partei vorbereiten, einen bestimmten Teil des Volkes einfach zur Macht bringen. Nein, es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammen wirken sollen. Das gilt für die Kinder eines Landes sowohl als auch für die verschiedenen Nationen. Frieden soll an Stelle des Krieges treten, gegenseitige Dienste und Sympathie an die Stelle streitenden Eigenwillens und die Solidarität der Interessen an die Stelle der Zügellosigkeit der Selbstsucht. August Bebel.

Diesen Ausdruck unseres unversöhnlichen Genossen August Bebel hat der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker seinen »Typographischen Mitteilungen« zweifarbig beigelegt. Auf vielseitigen Wunsch ist jetzt diese Beilage als Sonderdruck vom Bildungsverband herausgegeben worden und ist in seiner gediegenen Ausführung ein Wandschmuck, der in keiner Arbeiterwohnung fehlen sollte. Der Wandschmuck ist auf Notenruckpapier (24,5 x 34,5) in zwei Farben, rot und schwarz, sauber gedruckt vom Verlage des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III, zum Preise von 2 Mark portofrei zu beziehen.

Fünfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vom 6. bis 8. Juli tagte der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus.

An erster Stelle stand zur Beratung der Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1919.

Die Gesamteinnahmen des Bundesvorstandes betragen 1.270.416,04 Mk. Davon entfallen auf die Titel »Bundesvorstand« 682.843,11 Mk., »Korrespondenzblatt« 892.73 Mk., »Gewerkschaftliche Frauenzeitung« 363.177,39 Mk., »L'Operaio Italiano« 1201,63 Mk., »Oswiata« 20.345,17 Mk. und »Unterstützungskonto« 193.956,61 Mk. — Die Gesamtausgaben betragen 1.343.304,89 Mk. Hiervon entfallen auf die Konten: »Bundesvorstand« 461.994,61 Mk., »Korrespondenzblatt« 166.191,39 Mk., »Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung« 366.556 Mk., »Oswiata« 59.749,36 Mk., »Zentralarbeitersekretariat« 42.338,54 Mk., »Sozialpolitische Abteilung« 52518,98 Mk. und »Unterstützungskonto« 193.956,61 Mk. Der Vermögensbestand betrug 366.700,84 Mk.

Nachdem die Revisoren Bericht erstattet und Decharge beantragt hatten, wurde demgemäß beschlossen. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurden hauptsächlich die Berufungen für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat erörtert. Dem Deutschen Reichsausschuß für Jugendpflege wurde ein Jahresbeitrag von 500 Mk. bewilligt.

Sodann wurden die Anträge der Gehaltskommission auf Neuordnung der Gehälter der Angestellten des Bundesvorstandes an Stelle der seither gewährten Teuerungszulagen und auf Neufestsetzung der Diäten ohne Änderung angenommen. Die Annahme der Gehaltsätze erfolgte mit der Maßgabe, daß diese für weitere außerordentliche Teuerungsverhältnisse regulierbar sein sollten, aber auch bei einem allgemeinen Abbau der Gehälter vermindert werden könnten. Für München wurde

zur Beschickung eines Arbeiterinnenkursus in der Wohlfahrtspflege ein Zusage bewilligt.

Die österreichischen Gewerkschaftsossen haben angesichts der Schwierigkeiten, die dem Ein gange der deutschen Gewerkschaftspresse in jenem Gebiet bereitet werden, mit Zustimmung des Bundes vorstands ein eigenes Gewerkschaftsblatt gegründet, daß zurzeit keiner Zuschüsse bedarf. Die Memeler Genossen wollen ebenfalls ein Gewerkschaftsblatt ins Leben rufen. Hier sind aber noch weitere Untersuchungen über die Lebensfähigkeit eines solchen Blattes notwendig. Das Übereinkommen mit den Gewerkschaften in Neu Poien, das am 1. Oktober dieses Jahres abläuft, wurde bis zum 31. Dezember dieses Jahres verlängert. Mit den Gewerkschaften Dänemarks sind Verhandlungen über die Regelung des Übertritts von Mitgliedern im Gange, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Auch mit den Gewerkschaften in der Tschechoslowakei soll erst noch verhandelt werden, ehe die einzelnen Gewerkschaften Übertrittsvereinbarungen abschließen.

Der Anregung, jungen Juristen (Referendaren) in den Gewerkschaftsbureaus die Möglichkeit einer gewissen Ausbildung zu geben, und sie zugleich den Auffassungen und Bedürfnissen der Gewerkschaften näherzubringen, stimmte der Ausschuß zu. Die Statistische Kommission wurde auf 9 Personen bestimmt und neu gewählt. Der Ausschuß stimmte dem Antrag des Bundesvorstandes zu, vierteljährlich die Zahlen der Mitglieder der Gewerkschaften festzustellen und zu veröffentlichen. Die Arbeitslosenstatistik soll möglichst der Reichsregierung überlassen, die Statistik der Lohnbewegungen vereinbart werden. In der ersten Konferenz der Verbandsvorstände am 28. Juni 1919 in Nürnberg hatte die Generalkommission der Gewerkschaften aus Anlaß eines Grenzstreites zwischen den Verbänden der Fabrikarbeiter und der Porzellanarbeiter dem Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes die Abgabe einer Zusicherung zugesagt, daß sie nicht daran denke, dem Verband wichtige Organisationsgebiete zu entziehen. Diese Erklärung, die damals noch der näheren Formulierung bedurfte, ist nunmehr präzisiert worden und lautet wie folgt:

Bei Erledigung von Grenzstreitigkeiten hat die Stellungnahme von Mitgliedern der Generalkommission bei Vorstand und Funktionären des Fabrikarbeiterverbandes wiederholt die Auffassung ausgelöst, der Fabrikarbeiterverband gelte mit anderen Verbänden nicht als gleichberechtigt und es werde anderen Verbänden leicht gemacht, ihr Agitationsgebiet zum Nachteil des Fabrikarbeiterverbandes zu vergrößern.

Diese Auffassung ist nicht richtig; gleichwohl gibt der Bundesvorstand als Rechtsnachfolger der Generalkommission die Erklärung ab, daß er Ansprüche auf das Gebiet des Fabrikarbeiterverbandes insbesondere auch bei Gründung von Industrieverbänden, nur nach Verständigung mit dem Fabrikarbeiterverband gutheißen, und diesen, wenn eine Verständigung nicht erfolgt, bei der Verteidigung seines Organisationsgebietes unterstützen wird.

Der Bundesausschuß nahm diese Erklärung zur Kenntnis.

Am zweiten Tage setzten die Beratungen über die Organisation der Betriebsräte und die Herausgabe einer Betriebsräte-Zeitung ein. Mit den gleichen Fragen hatte sich eine am 5. Juli in Berlin stattgehabte Konferenz der Agitations- und Bezirksleiter beschäftigt. Legen berichtete über diese Konferenz und über die seither in Gemeinschaft mit der »Afa« getanen Schritte zur Zusammenfassung und Schulung der Betriebsräte. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wünscht die Einsetzung eines Beirats bei der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sowie eine direkte Vertretung in der letzteren. Der Einsetzung eines Beirats wurde zugestimmt. In diesem sollen die Arbeiter- bzw. Angestelltenmitglieder der Betriebsräte aller Gruppen vertreten sein. Die Namhaftmachung der Vertreter wurde den Vorständen der an den betreffenden Gruppen beteiligten Gewerkschaften überlassen. Über die Vertretung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes kam es zu einer längeren Aussprache, in der betont wurde, es dürfe daraus für den Metallarbeiterverband kein Sonderrecht abgeleitet werden. Schließlich kam man überein, die Zahl der Mitglieder der Reichszentrale auf sechs (drei Vertreter des A. D. G. B., zwei der Afa und der Sekretär) festzusetzen und gab dem Bundesvorstand anheim, bei der Wahl seiner Vertreter den Metallarbeiterverband zu berücksichtigen. Die »Betriebsräte-Zeitung«, deren erste Nummer vorlag, soll vorerst monatlich im Umfang von acht Seiten erscheinen. Sie wird von Dr. Striemer redigiert und den Betriebsräten durch ihre Gewerkschaftsvorstände zugestellt. Von der Gewerkschaftlichen Zentrale der Betriebsräte sind bereits eine Reihe Musterentwürfe für Geschäftsordnung, Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen aufgestellt, die der Begutachtung der Gewerkschaftsvorstände überwiesen wurden. Die Geschäftsordnung für die örtlichen Betriebsrätezentralen fand keinerlei Widerspruch.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine Aussprache über Industrieorganisation im Baugewerbe und in den Lebensmittelberufen. Sie wurde durch den Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes durch eine längere Rede eingeleitet, in der der Beunruhigung infolge dieser neuen Bestrebungen Aus-

druck gegeben wurde. Auch andere Vorstandsvertreter schlossen sich diesen Befürchtungen an, insbesondere die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Die Idee der Industrieorganisation wurde dagegen verteidigt von den Vertretern der Bauarbeiter und Metallarbeiter. Die Debatte fand ihren vorläufigen Abschluß in der Einsetzung einer Studienkommission von elf Personen, die gemeinsam mit dem Bundesvorstand und dem Vorstand der Afa die Frage der Schaffung von Industrieverbänden für Hand- und Kopfarbeiter prüfen und der nächsten Ausschußsitzung Bericht erstatten soll sowie mit der Annahme eines Antrages Giebel, worin der Bundesausschuß erklärt, daß die Idee der Industrieorganisation nach den Wünschen der Bau- und Metallarbeiter mit dem § 5 der Bundessatzungen im Widerspruch stehe und so lange nicht verwirklicht werden könne, als nicht der Gewerkschaftskongreß diese Satzungen geändert habe. Von seiten des Vertreters des Bauarbeiterverbandes wurde wiederholt erklärt, daß dieser nicht daran denke, seine Bestrebungen anders als im Wege der Verständigung mit den in Frage kommenden Verbänden durchzuführen.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam beantragt die Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses im November 1920. Der Ausschuß stimmte diesem Vorschlag zu und beschloß, elf Vertreter zu delegieren.

Mit den Zentralleitungen der christlichen Gewerkschaften und Hirsdi-Dunderschen Gewerksvereine ist folgende Erklärung gegen den Organisationszwang vereinbart worden, welcher der Ausschuß nach längerer Debatte gegen wenige Stimmen sich anschloß:

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands haben in der jüngsten Zeit ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und der mit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Dinge nicht unbeträchtlich gestärkt. Deshalb bemühen sich andauernd die organisierten Arbeiter, die Mitgliederzahlen ihrer Organisationen weiter zu erhöhen. Dieses um so mehr, als die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft vor Aufgaben größten Ausmaßes stellt, Aufgaben, deren Umfang und Bedeutung die Zusammenfassung aller Kräfte erfordert. Auf dieser Erkenntnis beruht das Streben der Arbeiterschaft nach Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Formen. Wo sich Fälle von Terror in Arbeiterkreisen zeigen, sind sie beeinflusst von dem Wunsch auf Stärkung ihrer Vereinigungen bzw. auf Schaffung ausschlaggebender gewerkschaftlicher Organisationen.

Von seiten der Arbeitgeber ist das Organisationsstreben der Arbeiter vielfach durch Zwangs mittel verschiedenster Art unterbunden worden, die gegen organisierte Arbeiter angewendet wurden. In der Verurteilung derartiger Zwangsmittel sind alle Organisationen einig.

Sie müssen auch einig sein in der Verurteilung aller Fälle von gewaltsamem und geistigem Terrorismus, gleichgültig, ob dieser von den Unternehmern, von einflussreichen Personen durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder durch Ausübung von Gewissenszwang, oder von Anhängern der einen Gewerkschaftsorganisation gegen Anhänger einer anderen Gewerkschaftsorganisation ausgeübt wird.

Die Koalitionsfreiheit, die in Art. 159 der neuen Reichsverfassung garantiert ist, gibt den Arbeitern das Recht sich einer Organisation anzuschließen, die ihrer Überzeugung entspricht. Dieses für alle geltende Recht darf nicht in ein Unrecht, in den Zwang ausmünden, den einzelnen in eine bestimmte Organisation zu pressen. Die unterzeichneten Organisationsleitungen verurteilen jede gewaltsame Einwirkung auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation mit aller Entschiedenheit. Sie fordern alle ihre Beamten, Angestellten, Vertrauensmänner und Mitglieder auf, in und außerhalb der Betriebe je dem Zwang auf organisierte Arbeiter zum Zwecke des Austritts aus einer Organisation oder des Übertritts von einer Organisation in eine andere auf das nachdrücklichste entgegenzutreten.

Feiner wurde gegen drei Stimmen folgende Erklärung gegen die Kundgebung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände betreffend Lohnabbau angenommen:

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschußsitzung vom 20. Mai 1920 einen Mahnaufruf an alle ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände gerichtet mit der Aufforderung, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen, da die Preise der deutschen Erzeugnisse die Weltmarktpreise ungefähr erreicht, zum Teil bereits überschritten hätten, der Absatz schon heute überall stockt und eine abermalige Steigerung der Gesteigungskosten durch weiteres Anschwellen der Löhne und Gehälter und die daraus folgende Preiserhöhung zur Katastrophe führen müsse.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes muß diese Kundgebung einer der stärksten Arbeitgebervereinigungen aufs tiefste bedauern, da sie der Verständigung zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der Löhne und Gehälter Schwierigkeiten bereitet und in die Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften eingreift. Ein einseitiger Lohnabbau seitens der Arbeitgeber würde Konflikte zwischen den Arbeitgebern und Arbeitneh-

mern heraufbeschwören, die das Fortbestehen der für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft notwendigen Arbeitsgemeinschaften unmöglich machen würden.

Die Gewerkschaften sind sich der Schwierigkeiten in der deutschen Volkswirtschaft hinsichtlich der Preisentwicklung sowie der Anpassung der Löhne und Gehälter an diese wohl bewußt und gleichfalls davon überzeugt, daß eine Gesundung dieser Verhältnisse angebahnt werden muß. Eine solche kann und darf aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmer dadurch erzielt werden, daß versucht wird, durch Lohnverminderungen einen Preisabbau zu erzwingen. Vielmehr muß der Preisabbau die Voraussetzung für eine Anpassung der Löhne sein, die auf den wirklichen Lebenshaltungskosten basieren müssen. Auch genügt es nicht, daß die Großhandelspreise einiger Lebensmittel an gewissen Umschlagplätzen vorübergehend im Sinken begriffen sind, um daraus auf eine allgemeine Verminderung der Lebenshaltungspreise zu schließen, sondern es bedarf der genauen Ermittlung der am Arbeitsort geltenden Kleinhandelspreise, deren Indexziffern allein den zuverlässigen Maßstab für die Beurteilung der Preisbewegung abgeben.

Die Gewerkschaften müssen entschieden Verwahrung einlegen gegen den einseitigen Versuch führender Arbeitgeberverbände, die Lohnregelung der paritätischen Verständigung zu entziehen und der früheren Willkür kapitalistischer Herrschaftsgelüste zu unterstellen.

Hinsichtlich der Frage der Anrechnung der Beiträge bei Übertritt von Mitgliedern wurde eine Kommission von fünf Personen eingesetzt, um diese Angelegenheit nochmals eingehend zu prüfen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands ersucht den A. D. G. B. um die Gewährung eines Zuschusses für Agitations- und Verwaltungszwecke. Der Bundesvorstand hat dieses Begehren abgelehnt, in der Voraussetzung, daß es Aufgabe der Gewerkschaften selbst sei, die Interessen der Arbeitsinvaliden wahrzunehmen. Der Ausschuß schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich dahin aus, daß die Arbeitersekretariate und die Gewerkschaften sich tatkräftig der Invaliden annehmen möchten.

Über den § 23 der Bundessatzungen waren Meinungsverschiedenheiten entstanden, wann ein Beschluß des Ausschusses für alle Gewerkschaften verbindlich sei. Der Ausschuß gab seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß ein Beschluß, der gemäß § 23 nicht einstimmig angenommen werde, in einer nächsten Ausschußsitzung durch einfache Mehrheit zur verbindlichen Geltung erhoben werden könne.

Zur Frage der Beteiligung lebenswichtiger Betriebe bei Generalstreiks wurden die Gewerkschaftsvorstände ersucht, für ihre Verwaltungsorgane Richtlinien über das Verhalten ihrer Mitglieder in solchen Fällen aufzustellen.

Zur Aufnahme in den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund haben sich gemeldet: Der Allgemeine Schweizerbund und der Verband des Sanitäts- und Lazarettpersonals. Dem Anschluß des ersteren wurde zugestimmt, dem letzteren Verband dagegen als Konkurrenzorganisation die Aufnahme versagt.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Eine christlich-graphische Internationale.

Den Gesetzen der allgemeinen Entwicklung können sich auch die christlichen Gewerkschaften nicht entziehen, obwohl sie es an Versuchen dazu nicht fehlen lassen. Aber der natürliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, die Wirkungen kapitalistischer Profitsucht und die daraus hervorgehenden Bedrückungen der im christlichen Lager gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zwingt trotz Widersrebens immer wieder dazu den Entwicklungsgesetzen Rechnung zu tragen. Trotz aller Versuche, den »materialistischen, mammonistischen Geist zurückzudämmen«, und dafür einen »sozialen, christlichen Geist« führend zu setzen, an Stelle der Idee des Klassenkampfes und der Klassenherrschaft, der Idee der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit die Wege zu bereiten, ringt sich auch in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler der Gedanke der Solidarität durch, der vor den internationalen Grenzen nicht halten will.

Keiner der freigewerkschaftlichen Gedankengänge ist von den »Christlichen« so bekämpft, verhöhnt und verlästert worden als das Streben, durch internationale Verständigung und Kraftzusammenfassung dem ebenfalls international orientierten Kapital wirksam entgegen zu treten. Vaterlandsverrat war noch eine schmeichelnde Bezeichnung für wirksame internationale Vertretung der Arbeiterinteressen durch die freien Gewerkschaften. Aber wie schon immer, wurden die »Christen« auch in dieser Frage vom Schicksal ganz eigenartig gebeutelt und gezwungen, durch die Tat das Gegenteil von dem zu beweisen, was sie vorher so eifrig gepredigt hatten.

So erweisen sich nun die Christen auch auf dem Gebiete der Pflege internationaler Beziehungen als gelehrige Schüler der freien Gewerkschaften und pflegen den verpönten Internationalismus auch in Berufsvereinigungen. Zu den verschiedenen schon bestehenden christlichen internationalen Berufsvereinigungen hat sich jetzt auch eine internationale Vereinigung der christlichen Gewerkschaften in der graphischen Industrie hinzugesellt. Im Anschluß an den vom 16. bis 19. Juni im Haag in Holland tagenden internationalen Kongreß der christlichen Gewerkschaften, von dem die »Graphischen Stimmen« sagen, daß er einen Markstein in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung bilden wird (wahrscheinlich wegen der zugesagten Hilfe für die ungarische Mörderregierung), ungeachtet der noch obwaltenden Vorurteile und der noch in manchen Ländern bestehenden verworrenen inneren Verhältnisse, kamen die Vertreter der christlichen graphischen Verbände in den Tagen vom 23. bis 25. Juni im Konferenzzimmer des Gutenbergbundes in Berlin zu einer vorbereitenden Konferenz zur Gründung einer internationalen Vereinigung zusammen.

Den Anstoß zur Pflege internationaler Beziehungen auch der christlichen Organisationen der graphischen Industrie hatte die Paderborner Generalversammlung des Gutenbergbundes gegeben, dessen Beschlüsse den Vorstand des Gutenbergbundes beauftragten, die Vorarbeiten für eine christliche graphische Internationale zu leisten. Die Bemühungen des Gutenbergbundes fanden durch die christlich graphischen Verbände Hollands wesentliche Förderung, konnten aber trotzdem nicht erreichen, daß eine restlose Besichtigung der Konferenz durch die maßgebenden Nationen erfolgte. Man mußte sich damit begnügen von Holland Vertreter des Niederländischen Christlichen Graphischen Bundes und vom Römisch-Katholischen Graphischen Bund, von der Schweiz vom Christlichen sozialen Buchbinderverband, von Österreich vom Graphischen Zentralverband und von Deutschland vom Graph. Zentralverband und vom Gutenbergbund zu sehen. Ferner waren noch vertreten Belgien und die Tschechoslowakei.

Die Konferenz beschäftigte sich in erster Linie mit der gewerblichen Lage, besprach den Stand der einzelnen Landesorganisationen und die von ihnen zum Abschluß gebrachten Tarife. Ferner erörterte sie organisatorische Fragen und schuf auf einstimmigen Beschluß ein internationales Sekretariat mit dem Sitze in Holland. Die aus der Betätigung des internationalen Sekretariats herauswachsenden Kosten sollen von den der Vereinigung angeschlossenen Verbänden im Umlageverfahren aufgebracht werden.

Das vorläufig geschaffene Statut für die internationale Vereinigung der Christlichen Gewerkschaften in der Graphischen Industrie wird gleichzeitig als Aktionsprogramm betrachtet. Der Artikel 2 dieses Aktionsprogramms sagt auch gleich ganz deutlich, daß die Christen die Pflicht haben, den klerikalen Heerbann der Zentrumspartei zu stärken. Dort ist nämlich als die Grundlage der internationalen Vereinigung der christlichen Gewerkschaften in der graphischen Industrie gleich als erster Satz zu lesen: »Die Vereinigung stellt sich auf die Grundlage der christlichen Prinzipien und verwirft daher den Klassenkampf.« Ferner wird betont von gewalttätigen, revolutionären Mitteln Abstand zu nehmen und nur solche Mittel in Anspruch zu nehmen, die die politische und religiöse Überzeugung ihrer Mitglieder nicht verletzen.

Als Ziele der Vereinigung werden aufgestellt: Förderung der angeschlossenen Gewerkschaften, Propaganda für die christlichen Gewerkschaften und finanzielle Unterstützung der angeschlossenen Verbände. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele werden angegeben: Unterhaltung eines internationalen Bureaus, Abhaltung von Kongressen und Konferenzen, sammeln von Angaben über den Stand von Arbeitern und Gewerkschaften der Graphischen Industrie in den einzelnen Ländern, Schaffung von Gegenseitigkeitsverträgen und »Anwendung aller anderen gesetzlichen Mittel, welche mittelbar oder unmittelbar das Ziel der Vereinigung fördern können«. Die übrigen Bestimmungen geben den organisatorischen Rahmen.

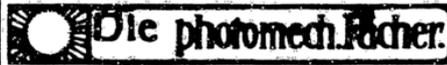
So zweideutig und unklar die Ziele der internationalen Vereinigung der christlichen Gewerkschaften der graphischen Industrie auch sind und so unklar dementsprechend auch die angegebenen Mittel zur Erreichung dieser Ziele sein müssen: darüber sind sich die Führer der Christen vollständig klar; ihre Mitglieder solange als es nur irgend angeht von der Lehre des Klassenkampfes fernzuhalten. Wie lange das noch möglich sein wird und ob nicht gerade die Internationale diesen Prozeß beschleunigt, zu untersuchen, soll deren Aufgabe sein. So sehr sich auch die Führer der christlichen Gewerkschaften gegen die Entwicklung stemmen mögen, die revolutionäre Wirkung der Tatsachen vermögen sie nicht aufzuheben. So sehr man sich auch im christlichen Lager dagegen sträuben mag und allerhand Vorsichtsmaßnahmen aufbaut, die internationale Vereinigung der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und die internationale Vereinigung der christlichen Berufsverbände im besonderen ist eine Verbeugung vor der Lehre des Klassenkampfes und das Eingeständnis dafür, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nur auf

dem internationalen Boden des Klassenkampfes endgültig zum Austrag gebracht werden kann.

Ortsberichte.

Glauchau i. S. Am 3. Juli traten die in Glauchau beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Berufes zu einer kombinierten Sitzung zusammen, um über die Gründung eines Graph. Kartells zu beraten. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Max Gaebel-Zwickau beschloß die Versammlung die Gründung eines Graphischen Kartells bald in die Wege zu leiten und wurden die Kollegen bestimmt, die in einer in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung sich über die Besetzung des Vorstandes einigen sollten. Diese Sitzung hat nun stattgefunden und setzt sich der Vorstand des Glauchauer Graphischen Kartells aus folgenden Kollegen zusammen: Fritz Singer, Buchdrucker, Vorsitzender; Fritz Ungetüm, Buchbinder, Kassierer; Alfred Bachmann, Steindruck, Schriftführer.

Möge der neuen Vereinigung ein ersprießliches Arbeiten beschieden sein zum Wohle der Kollegschaft.



Wohin der Weg? — Hier ist die Antwort!

Der Artikel des Kollegen N. D. fordert direkt zu einer Entgegnung heraus, so falsche und unlogische Schlüsse zieht er aus den Verhältnissen unseres Berufes und den Tatsachen, die geändert werden müssen.

Zunächst einmal stellt der Kollege ganz richtig fest, daß die Anzahl der Kollegen wächst, die nicht mehr von der Vorteilhaftigkeit und Notwendigkeit eines Tarifes überzeugt sind. — Gut, er stellt ferner die Zustände im Beruf vor 1900 zur Kritik, vor Abschluß eines Tarifes und folgert nunmehr ganz falsch daraus, daß es uns ähnlich oder noch schlimmer ergehen könnte, wenn wir mit offenen Augen ins Verderben rennen, also eine tariflose Zeit hätten.

Es ist dazu zu sagen: von allen heutigen Tarifgegnern ist bis heute mit keiner Silbe davon gesprochen, den Tarif seit seinem Bestehen zu verwerfen, im Gegenteil, von jeder habe ich immer frei zugestanden, daß der Tarif in unserer beruflichen Entwicklung gutes zeitig hat, ja, daß er vielleicht für eine Reihe von Jahren eine berufliche Notwendigkeit gewesen ist.

Diese Dinge änderten sich aber mit einem Schlage, als die Voraussetzungen für einen Tarif anders geworden waren, das ist seit 1914.

Beweis: Was ist ein Tarif, was soll er erreichen? Lesen wir den Tarif: Die Hebung des Gewerbes und die Sicherung des gewerblichen Friedens soll durch den Tarif gewährleistet werden.

Bis 1914 sind wir mit dieser schönen formalen Illusion, die darin ausgedrückt ist, so leidlich durchgekommen, weil unser Beruf in einer fruchtbarer Entwicklung begriffen, immerhin gute Konjunktur hatte und die Löhne mit den Lebensverhältnissen besser balancierten, so daß man für Ernährung, Kleidung, Behausung sorgen und auch an den Kulturgütern bescheidenen Anteil nehmen konnte.

Es bedeutete aber auch unsererseits dem Unternehmer gegenüber, die Zubilligung des Rechts der Ausbeutung in tarifgesetzlichen Grenzen und den unbestrittenen Besitz der Produktionsmittel. Denn wir müssen uns doch klar sein, daß ein Tarifvertrag ein Gesetz ist, welches zwischen zwei wirtschaftlich verschiedenen starken Parteien Geltung haben soll.

Auf der einen Seite das Unternehmertum, im Besitz der Produktionsstätten und -mittel, gestützt auf die finanzielle Kraft aller Kapitalisten und den Klassenstaat, zur Sicherung aller Maßnahmen des Rechts der Ausbeutung.

Auf der anderen Seite, mit leeren Händen, der Arbeiter, jetzt zumal heruntergekommen und abgemagert, zermürbt durch jahrelange Entbehrung des Krieges und seine Folgen, nur die über große Bürde seiner Verpflichtungen sein eigen nennend gegen Familie, Stadt und Klassenstaat und — seine Arbeitskraft. Aber gerade auf diese Arbeitskraft kommt es an, diese muß gefesselt und in gesetzliche Bahnen gebracht werden, muß gefügig gemacht werden und das bringt der Tarif. Es wird uns formal eine Gleichberechtigungstellung zuerkannt, sie ist in Wahrheit nur ein Schein, solange die Produktionsmittel nur in den Händen der Ausbeuter sind, solange sind wir ausgebeutete. Und wenn wir jetzt, in Zeiten größter wirtschaftlicher Bedrängnis des Kapitalismus der Profit in Gefahr ist, sich zu verringern, so muß und wird es immer in allererster Linie auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, in zweiter Linie auf die Produktions-erzeugnisse.

Und wir sehen ja auch in der Kriegszeit und nach dem Kriege, wie die Lebenshaltung der Kollegschaft Schritt für Schritt zurückgefallen ist, wir kennen den Grad der Unterernährung, der auf jeden kommt und auf die Familien, kennen die verzweifelnden Gedanken, daß man als hochqualifizierter Arbeiter mit seiner Handarbeit nicht mehr die Familie erhalten kann. Aber andererseits

sehen wir auch das rapide Hochschnellen der Preise der Produktion, der Quadratzentimeter Auto einst und jetzt, das Farbenauto — — Den Unternehmern haben die Preise Erhöhung des Profits gebracht und uns die Arbeitslosigkeit. Jede Erhöhung der Preiskonvention brachte entweder ein Abwandern der noch vorhandenen Arbeit in den jetzt billigeren Steindruck, Offset- oder Tiefdruck oder die Einstellung der Aufträge. Wir sehen jetzt das Unheil, daß wir in Wahrheit keinen Einfluß auf die Preisbildung hatten, die Festsitzung der Preiskonvention wurde lediglich von der Gier nach Profit bestimmt.

Die Frage, die es gilt zu beantworten, heißt: Wodurch erreichen wir für alle heute arbeitslosen Kollegen, für alle verkürzt arbeitenden Kollegen das Recht auf Arbeit und wie sichern wir allen Arbeitern die Erhaltung eines zeitgemäßen Lohnes?

Durch die Kontrolle der Produktion unserer Betriebsräte!

Sie allein sind das Organ der Arbeiterschaft in die durch die Profitsucht des Unternehmertums heruntergewirtschaftete deutsche Wirtschaft Ordnung zu bringen.

Aber diese Frage stellen heißt auch erkennen, daß sie nicht mehr durch tarifliche Organe zu lösen ist. Der Zustand der deutschen Wirtschaft ist nicht mehr durch tarifliche Abkommen zu beheben, weil es gilt, jetzt in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Frage aller Fragen zu lösen, den Kampf um die Produktionsmittel. Die immer weiter zunehmende Zerrüttung auch unseres Berufes, die Stilllegung der Betriebe und der Verkauf der Produktionsmittel ins Ausland, wie er bei einer Berliner Firma zur Tat werden wird, läßt alle Reformen im Sinne eines Tarifgesetzes zur Farce werden. Und da mögen alle unsere Tarifvertreter mit Menschen- und mit Engelszungen reden, es können die tüchtigsten sein und unser Vertrauen blindlings haben, Kollege N. D., die Lebensdauer des Tarifes ist vorbei, weil die Verhältnisse, unter denen wir gezwungenermaßen leben, stärker sind als die Gesetzmäßigkeit des Tarifes, weil wir leben müssen, Kollege N. D., und wir ein Recht auf Arbeit haben. Diese Frage stellen heißt aber auch noch bereit sein, dafür zu wirken, daß die durch die Tarifgemeinschaft lahmgeworfene Kraft der Arbeiter zur Befreiung von der Ausbeutung, frei gemacht wird. Der Aberglaube an den Tarif, daß er uns das geben kann, was diese Zeit gebieterisch von uns verlangt, muß rücksichtslos aufgezeigt werden. Der Tarif sowie auch die gesetzlichen Betriebsräte, die dasselbe erreichen sollen, — so will es der bürgerliche Klassenstaat, — müssen den revolutionären Betriebsräten weichen, die die proletarische Ordnung aufrichten werden. Wie notwendig das ist, bald zu tun, zeigen die letzten Tarifamtverhandlungen, wo die Unternehmer um im Rahmen des Tarifes in die Abwehr gedrängt haben. Ich führe nur einige Kostproben an, Kollege N. D., Herausziehung der Kollegen, die in nicht tariftreuen Firmen arbeiten, — anteilige Berechnung der Teuerungszulagen bei verkürzter Arbeitszeit und anderes wird sehr bald kommen. Deswegen verstehe ich auch den Kollegen N. D. nicht in seiner Ansicht und Schlußfolgerung, daß Tarifverträge einen Schritt vorwärts zur Sozialisierung bedeuten. Ich möchte die Begründung dazu wissen und — sie wird ihm schwer fallen.

Der Tarifvertrag stützt, wie ich schon eingangs bewies, den Privatbesitz an den Produktionsmitteln und das Recht auf Ausbeutung, — die Sozialisierung hebt gerade den Privatbesitz auf, vergesellschaftet und führt die Arbeit aller für alle durch zum kommunistischen, klassenlosen Staat.

Weil diese Erkenntnis, gereizt durch den deutlichen Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wächst, schreitet die Entwicklung vorwärts; noch unbewußt von den meisten, doch gefühlt von allen, daß eine Wendung kommen muß, wir werden nicht ruhen, sondern zielbewußt die Massen bearbeiten, diesen Weg stark und siegesbewußt zu betreten, denn er führt ins Freie.

Gustav Ukrow.



Ortsberichte.

Hildesheim, Formstecher. In der am 21. Juni im Gewerkschaftshaus tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung wurde hauptsächlich zu dem am 1. Juli neu zur Verhandlung kommenden Teuerungszulage Stellung genommen. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine Teuerungszulage von 40 Prozent den wirtschaftlichen Ansprüchen nicht genüge und durch Steigerung der Lebensmittelpreise, Steuerabzug usw. längst überboten sei. An dem vorgesehenen prozentualen Aufschlag aber mußte unter allen Umständen festgehalten werden.

Im Anschluß an die Lohnfrage folgte eine gründliche Aussprache über das Lehrlingswesen. Die Kollegen sind der Überzeugung, daß eine Entlassung von minderwertigen Stehern eine glatte Unmöglichkeit sei, wenn jeder Lehrling in seiner 3/2 oder 4jährigen Lehrzeit eine gründliche Ausbildung genießen würde. Eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge gereicht nicht nur dem Lernenden selbst

zum Vorteil, sondern auch zum Vorteil des Gewerbes. Unternehmer wie Eltern sind gleichzeitig mit die Nutznießer.

Nach Erledigung einiger internen Fragen unter Verschiedenes erfolgte Schluß der Versammlung.

Feuilleton.

Der Völkerhaß.

Die systematisch betriebene Verhetzung, die die Völker in das Elend eines vierjährigen Weltkrieges trieb, ist auch heute noch nicht zum Schweigen gekommen. Diese Methode, die hinter dem Soldaten stand, und ihm, unterstützt durch Greuelmärchen der abgemacktesten Art, fort und fort den Gedanken einimpfte: jener Mensch dort drüben ist dein Feind, er ist schlechter als du, es gilt ihn zu vernichten. Und wie anders sehen dagegen die Bilder aus, die da schildern, wie im »Feindesland« der Mensch dem Menschen gegenübertritt. Aber während des Völkermordens wurden alle Stimmen, die gegen die Verhetzung auftraten, niedergehalten und erst jetzt wagen sie sich wieder hervor. Neben Rowain Rolland, Henry Barbusse, die ihre Stimme erheben, erscheint auch ein Aufsatz bemerkenswert, den der Däne Anker Kirkeby in »Politiken« veröffentlicht und den wir deshalb hier in Übersetzung wiedergeben:

Der Haß ist das Mikroskop für Fehler: Liebe für gute Eigenschaften. *de Remontval.*

Es ist schrecklich, wieviele Milliarden ausgegeben wurden für Kugeln, Granaten, Luftbomben, Gase, Feuerspeier. Aber wieviel schrecklicher sind nicht die Millionen, die man für Haß ausgegeben hat. Pulver wird abgeschossen, Granaten explodieren. Auf den Ruinen kann man eine neue Welt bauen. Die Propaganda, die den Haß ausgesät hat, kann aufhören, aber der Haß selbst lebt weiter. Ist es nicht unmöglich, eine neue Welt auf dem Haß aufzubauen?

Ohne diese permanente Vergiftung des Gedankenganges der Soldaten wäre es vielleicht unmöglich gewesen, den Krieg in Gang zu halten. Ohne diese beständige Verhetzungsaktion hätten moderne Menschen wohl einfach nicht ertragen, zu Tode geschlagen zu werden. Der Krieg ist der nationale Rausch. Der Trank heißt Haß.

Diese Infizierung mit Verhetzung, Raserei, Abscheu wurde von allen Staaten in System gesetzt wie eine allgemeine nationale Vakzination. Deutschlands Schmachweisen bei Beginn des Krieges und die Popularisierung des religiösen Haßgedankens »Gott strafe England« ist nur allzu gut in Erinnerung. So wurde die Jugend zu fortgesetztem Haß erzogen. 1918 versandte das deutsche Ministerium des Innern den Befehl, daß in den Schulen Reden für den Sedantag gehalten werden sollten, und die deutsche Lehrerzeitung veröffentlichte dazu als besonders geeignet eine »Sedantrede für Schule und Heim«, ausgearbeitet von einem Pädagogen namens Franke. Darin heißt es:

»Selbst in Friedenszeiten zeigen sich Spuren der französischen Roheit. In Frankreich gibt es ungewöhnlich viel verkrüppelte Kinder, die betteln. Die Bettellei ist eine gute Einnahmequelle. Was machen viele Eltern? Sie übergeben ihre Kinder einer Verkrüppelungsanstalt und lassen sie künstlich zu Krüppeln machen. Solche Marteranstalten duldet die französische Regierung. Und die französischen Eltern schrecken nicht davor zurück, ihre Kinder zu opfern auf dem Altar der Faulheit. So lebt in jedem Franzosen ein Tiger, eine unwiderstehliche Lust zur Grausamkeit.«

In Frankreich wurde die Propaganda sowohl vom Staat wie auch privatim in ein System gebracht. Der Haß wurde zu einer Bürgertugend erhöht. Jean Richepin sprach das offen aus: »Der Haß ist künftig nicht mehr sündhaft, er ist heilig geworden.« Und er wurde Präsident einer Vereinigung, die den fürchterlichen Namen trägt: »Liga, um durch alle Zeiten hindurch das Gedanke an die deutschen Verbrechen aufrecht zu erhalten.« Die Propaganda wurde durch Millionen von Broschüren ausgeübt, Bilder und Plakate, die zum Teil die Deutschen bei allen erdenklichen Verbrechen wiedergaben, teils als Opfer der raffiniertesten Martern. Ich greife eine einzige Ansichtskarte aus dem Bunde, sie trägt den Titel »Gerichtstag« und zeigt ein Golgatha mit drei Kreuzen. An Stelle von Christus hängt mit Reitstiefeln und Pickelhaube Kaiser Wilhelm, an Stelle der Räuber der Kronprinz und der Reichskanzler; zu Füßen wird der bulgarische Herrscher in Stücke gerissen von zwei wilden Pferden, und in den Wolken zeigt sich Gott Vater mit einem großen Hammer und der heilige Geist mit einem Karabiner in den Händen, einen Dolch zwischen den Zähnen. Eine pickelhäubige und eisengerüstete Maria Magdalena wird in einer Ecke ohnmächtig. Für die allerkleinsten Kinder fertigte man Propagandaspielzeug in Form von Zusammensetzaufgaben. Ein einziges Beispiel: Ein farbig angelegtes Buchzeichen zeigt einen Hospitalgarten, wo Krankenschwestern Invaliden stützen. Der Text erklärt, daß man sich vom Genfer Kreuz beschützt glaubt. Zieht man nun an einer Schnur, verwandelt sich das Bild zu einem Ruinenhaupte, wo Invaliden und Krankenpfleger

von Granatsplittern getötet werden, und der gleichfalls verwandelte Text erzählt nun, daß die Böchse mit voller Überlegung die Verwundeten bombardiert haben, da ihre Grausamkeit und Schlechtigkeit ohne Grenzen ist, darum darf ein echter Franzose nie die abscheulichen Verbrechen der Deutschen vergessen, deren ähnliches die Weltgeschichte bis jetzt nicht gesehen hat. Besonders geht ein großer Teil der Spielzeugagitation darauf aus, den deutschen Handlungsreisenden darzustellen, freundlich lächelnd vor dem Kriege und in einer Reihe Bilder wird seine Wandlung gezeigt zum bluttrüben uniformierten Mörder mit bluttriefendem Dolch in der einen und der Brandfackel in der anderen Hand. An den Straßenecken in Frankreich, England und Amerika konnte man, solche Plakate mit englischem und französischem Text finden. Dieser Bohe, der geraubt, gebrannt und zerstört hat, und dieser Handlungsreisende, der dir seine Waren anbietet und wünscht, sich wieder bei dir einzuschmeicheln, ist derselbe Mann. Vergiß das nie! Nach dem Kriege werden wir weiter die Waren entschleiern, die in Deutschland hergestellt sind. Wende dich an die Liga »Gedächtnis«. Die Franzosen vergessen nicht. Im Salon hing nach dem Kriege ein Bild von dem Maler Zwill, das einen Bombardementskrieg über Paris darstellt. Der Text war ein kleines Gedicht: »Die tragischen Nächte. Der unsichtbare Bandit schwebt über der Stadt, zerreißt die Frauen, Greise und Kinder an der Mutter Brust, aber in den Herzen bleibt ein untöbarer Haß: laß ihren Namen verbannt sein in alle Ewigkeit.« Und unten ist das folgende Zitat des jetzigen Präsidenten angebracht: »Vergessen ist nicht nur ein Verbrechen gegenüber der Vergangenheit, es wird auch eine Drohung für die Zukunft sein.

Auch die Engländer errichteten zuletzt ein ganzes Ministerium für die Propaganda unter Leitung von Lord Northcliffe. Die angelsächsische Form war mehr vom Humor geprägt in der Familie, von Geist im »Punch.« Die Agitation ging in höherem Grade darauf aus, den Feind zu karikieren als lächerliches Wesen und ihn als Verbrecher zu porträtieren. Charakteristisches Beispiel: ein Bild eines komischen Wilden mit schreiendem rotem Haar und Bart, eingesperrt in einen Hühnerbauer und mit dem Text: »Bode, gewöhnliches Exemplar.« Aber auch England hat seine Kreuzaufrichtung, die jedoch in ihrem Charakter anders wirkt als das französische Beispiel: Ein gewaltiges Relief, das in natürlicher Größe eine Ruinenmauer mit einem gesonderten Eingang zeigt, an dem ein kanadischer Soldat gekreuzigt ist, während Gruppen deutscher Soldaten neugierig und drohend auf ihn sehen. Die Gruppe, die weltbekannt wurde unter dem Namen »Canadas Golgatha« wurde von Kapitän Derwent Wood gebildet auf Grund der Erzählungen englischer Soldaten, die angeben, den Vorfall am 23. April 1915 in der Nähe von St. Julien in Belgien konstatiert zu haben. Das Monument war auf der offiziellen kanadischen Kriegsausstellung ausgestellt und soll nun einen bleibenden Platz in einem Museum in Ottawa haben.

Die Absicht der Darlegung des Haßproblems vor nordischen Lesern ist nicht, die Propaganda der kriegführenden Länder anzugreifen — wie Kirkeby bemerkt — oder die Verbrechen zu leugnen, die sie inspiriert haben, sondern zu zeigen, wie ständig der Haß in der Welt gewachsen ist, da man Haß säete. Die neutralen Länder hatten während des Krieges die Verpflichtung, das Urteil über diese Kriegsbraüche zurückzuhalten, bis eine ruhige gerechte Beurteilung möglich ist, aber die großen, rechtlich gesicherten Prozesse, die Licht auf die Beschuldigungen werfen sollten, haben noch nicht ihren Anfang genommen. Die Geschichte von den abgehauenen Kinderhänden, die im Norden die Gestalt der bestimmten Versicherung annahm, daß in Charlottenlund eine ganze Villa voll belgischer armlöser Kinder sei, war eine solche Kriegs-Fata-Morgana. Das einzige authentische Dokument der belgischen Hysterien, das nach meiner Kenntnis nach Skandinavien kam, wurde mir während des Krieges in Nordschleswig gezeigt, das einer deutschen Familie gesandt war. Es war eine Photographie, die den Sohn des Hauses und einige Kameraden darstellte, verewigt mit ihren blutigen Bajonetten, in die Leichen zweier belgischer Priester gestochen. Der Zorn richtet sich nicht gegen die Soldaten, die überzeugte Franktireurs töten, sondern man konstatiert verständnislos, daß sie nahder den Mord filmen lassen und vor einem Kanonenphotographen posieren, um die Heldentat als Ansichtskarte mit herzlichem Gruß heimzusenden. Die Eindrücke faktischer und angedichteter Schändlichkeiten ermunterten die französische Zeichenkunst zu einem artistischen Pathos, das oft sublim wirkte, aber je größer der Künstler war, desto weniger haßvoll schien seine Tendenz: kein gallischer Zeichner erreichte Raemaekers leidenschaftliche Raserei und des elsäß-lothringischen Meisters Hansis Kriegsbilder.

Die englische Propaganda war in noch höherem Maße von der Laune geprägt und versöhnt vom London-Slang der Tommys. Trotzdem, ein thinesisches Sprichwort sagt: wen die Dornen verwunden, der darf nicht barfuß gehen und vorläufig spaziert kein guter Wille ohne Schramme von Paris nach Berlin. Noch kürzlich zwang das Londoner Publikum Johann Strauß'sche Musik aus dem Konzertprogramm, gleichzeitig mußte Nickisch

in Kopenhagen seine beabsichtigten französischen Kompositionen streichen.

Nach allgemeiner europäischer Auffassung sitzt der Stachel des Hasses zutiefst in Frankreichs Fleisch. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, ich habe selbst nach dem Kriege einen intelligenten Bürger in London getroffen, der sagte: »England hat nie früher gehaßt, aber jetzt haben wir gelernt zu hassen. Es ist niemand im Lande, der nicht im Krieg verloren hat, für uns Ältere ist die Welt verödet. Aber wir hassen nicht die Deutschen, weil sie den Krieg gewollt haben, sondern wegen der Art, wie sie ihn geführt haben. Früher war es ein alter englischer Brauch, daß man jederzeit seinem Feinde die Hand reichte nach dem Kampf, aber nie wird ein Engländer mit einem Deutschen einen Händedruck wechseln.« Und am selben Tage, als die ersten Deutschen nach fünf Jahren sich in Versailles zeigten, kam ich ins Gespräch mit einem französischen Händler des Mittelstandes, der erzählte, daß er etwas von den deutschen Delegierten in Paris gesehen habe. — Was fühlten Sie, fragte ich. — Nichts, antwortete er ruhig. — Haben Sie niemand im Kriege verloren? — Zwei Söhne. In meiner Familie allein sind 32 gefallen. — Was denken Sie über die Deutschen? — Ach, es sind wohl gute Leute da wie hier. — Aber vielleicht nicht so viele gute? — Vielleicht nicht, seit sie den Krieg wollten. — Sie hassen sie nicht? — Nein, ich hasse sie nicht. Wozu denn mein Herr?

Als Wilson nach Europa kam, erklärte er: »Das einzige, was die Nationen zusammenknüpft, ist die Freundschaft. Unser Ziel in Paris ist, die Freundschaft durch die ganze Welt zu organisieren.« Er rednete nicht mit dem Haß, vielleicht weil er nicht seine eigene Seele füllte, aber sie erfüllte Millionen Seelen von Engländern, Franzosen, Italienern, Polen, Japanern und tat er das nicht, so füllte er die Zeitungen der Engländer, Franzosen, Italiener, die die öffentliche Meinung des Landes ausmachten. Der Haß ist in die Welt gekommen. Er wurde ausgesät durch Propaganda und am Leben erhalten durch die Zensur, er ist das schwerste Hindernis für zwischenvölkisches Verständnis. Erzbischof sagte ein kluges Wort: »Ich würde mich anheischig machen, das Ganze zu ordnen, wenn ich nur eine halbe Stunde Zeit mit Lloyd George reden könnte.« Das Geheimnis war, daß er das nicht konnte. Noch hat kein Deutscher mit einem Franzosen gesprochen. Tolstoj sagte: »Die Menschen, die mich hassen, sind die, die mich nicht kennen.« Es gilt die Dinge nicht von links oder von rechts, von Nord oder von Süd zu sehen, sondern vom himmlischen Standpunkt Gottvaters, wie auch der Flieger sie sieht.

Der Haß ist durch Leiden in die Welt gekommen, und die Staaten haben Millionen bezahlt, damit er sich verbreiten konnte, und jetzt verursacht er täglich noch mehr Leiden für jeden einzelnen Menschen auf der Welt. Wir müssen unsere letzten Kräfte opfern und unsere letzten Sparschillinge, um ihn auszuroden.

Während des Krieges schrieb Emil Verhaeren aus Belgien an Romain Rolland in Neutralien: »Ich bin voller Sorge und Haß. Ich habe vorher nicht gewußt, was Haß ist, nun weiß ich es. Ich kann ihn nicht aus meinem Sinn jagen und glaube doch immer, mich als einen anständigen Menschen ansehen zu können, für den allezeit Haß eine erniedrigende Leidenschaft war.« Rolland antwortete: »Was müssen Sie gelitten haben, Sie großer und guter Mann, daß Sie so hassen können. Aber ich weiß, mein Freund, daß Sie es nicht länger tun können. Ganz sicher nicht. Eine Seele wie die Ihrige müßte sterben in solcher Atmosphäre. Nein. Sie dürfen nicht hassen. Haß hat Ihnen nichts zu sagen oder einem von uns. Laß uns stärker gegen den Haß sein als gegen unsere Feinde.«

Aus dem Dänischen übersetzt von Fritz Hansen.

Eingegangene Schriften.

Gewolltes und Vollbrachtes! Geschäftsbericht des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands 1918/1919.

Der Jahresbericht des Verbandes der Dachdecker weicht in recht glücklicher Form von dem althergebrachten in der gewerkshaftlichen Berichterstattung ab und sichert sich durch seinen Plauderstil ganz sicher einen Leserkreis. Es ist leider Tatsache, daß die immer sehr nüchtern abgefaßten Berichte der Gewerkschaften nur direkt interessierte zu ihrem Leserkreise zählen können. Zu empfehlen wäre, daß nach diesem guten Beispiel auch andere Gewerkschaften greifen und so der Grund mit helfen legen, daß auch Jahresberichte über gewerkshaftliche Tätigkeit zu der gelesenen Literatur gerechnet werden können.

Nach dem Bericht hat der Verband einen guten Aufstieg genommen. Besonders die Tarifpolitik hat der Organisation greifbare Vorteile gebracht.

Kommentar zum Betriebsrätegesetz. Von Dr. Georg Flatow, Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium. 40—50 Tausend. Verlag Buchhandlung »Vorwärts«, Berlin. Preis broschiert Mk. 6.—, gebunden Mk. 10.—.

Eine neue, durchgesehene und verbesserte Auflage ist eben erschienen. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß in dieser neuesten Ausgabe die

Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 und die preußischen Ausführungsbestimmungen zum Betriebsrätegesetz vom März 1920 beigefügt sind. Gerade diese beiden Abschnitte sind für jeden Betriebsausschuß und Funktionär wichtig, weshalb wir unsern Kollegen bei Anschaffung eines Kommentars Flatow's Buch besonders empfehlen.

Was man wissen muß. Nr. 13 (4. Jahrg. Nr. 1) Verlag von Joh. Schorpp in Leipzig. Preis 60 Pfg., halbjährlich (6 Nummern) Mk. 3.—

Mit dieser Nummer eröffnet die als Mittel zur Förderung der Volks- und Jugendbildung bewährte Zeitschrift einen neuen Jahrgang. Die Nummer behandelt in Wort und Bild die Stilarten der Baukunst, Plastik und Malerei. Dem Verfasser, Kunsthistoriker Dr. von Sydow, Dozent der Leipziger Volksakademie, ist es vorzüglich gelungen, das Wesen der verschiedenen Stilarten dem Verständnis aller Lernbegierigen zu erschließen. Die Frage »Was ist dorischer, jorischer, byzantinischer, romanischer, gotischer Stil, Renaissance, Rokoko, Zopfstil, Biedermeierstil usw.?« findet hier in ebenso ausgezeichnete durch Abbildungen unterstützter Weise Beantwortung wie die Frage nach dem Wesen des Expressionismus, Impressionismus, Futurismus usw. Das Erscheinen der Nummer

ist deshalb aufs wärmste zu begrüßen, unsomehr als auch der Preis von 60 Pfg. in Anbetracht des gebotenen reichen Belehrungsstoffes ein sehr mäßiger ist.

Wiener Elendsbilder. Von Paul Umbreit, Verlag Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Friedenau, Preis Mk. 2,50 (20 Prozent der Einnahmen gehen nach Wien.)

Die Erfahrungen, die Umbreit an Ort und Stelle sammelte, und die trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage die deutsche Arbeiterschaft veranlaßte, ein großzügiges Hilfswerk für die österreichische Arbeiterschaft mit Erfolg einzuleiten, sind in dieser kleinen Schrift niedergelegt und mit beredten Worten wird die traurige Lage der arbeitenden österreichischen Bevölkerung dargestellt. Da der Reiz einer gänzlich für das Wiener Hilfswerk bestimmt ist, stellt sich diese Schrift unmittelbar in den Dienst der werktätigen Hilfe. Möge der gute Zweck dieser Schrift eine möglichst große Verbreitung sichern.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock, 1920, Nr. 3. Inhalt: Natursozialismus. Unendlich-

keit und Ewigkeit. Menschenseele und Gewerkschaftskampf. Gemüt und Leben: Von der sozialistischen Schule. Sozialismus und Judentum. Kultur der Seele. Religion und Erziehung. — Das Abonnement auf die Nummern 1—3 kostet 1,80 Mk.

Berufschädigungen im Lackierer- und Malergewerbe. Vortrag des Landesgewerbeärztes Medizinalrat Dr. Koelsch. Verlag: Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder, Hamburg 25, Claus Großstr. 1.

Jahresbericht des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Geschäftsjahr 1919-20. Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Gr. Theaterstr. 44.

Bericht über das Geschäftsjahr 1919 des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Protokoll der Verhandlungen des 17. Verbandstages des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Abgehalten zu Bremen am 27.—31. Oktober 1919.

Protokoll über die Verhandlungen des gemeinschaftlichen Verbandstages der Verbände der Sattler und Portefeuller und der Tapezierer Verlag: Deutscher Sattler-, Tapezierer und Portefeuller-Verband, Berlin S.O. 16, Brückenstr. 10.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1919. Verlag: Verlagsanstalt Deutscher Konsumvereine, Hamburg.

Opfer des Krieges.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Namen jener Kollegen bekanntzugeben, die uns als weitere Opfer des Weltkrieges 1914—1918 wieder gemeldet worden sind:

Kollege **Otto Scheiding**, Steindruckere, zuletzt in Jena, geb. am 4. Oktober 1889 in Saalfeld a. S., Mitglied seit 18. September 1910, ist seit seiner Einberufung zum Militär im Oktober 1914 verschwunden und wird jetzt zu den Toten gezählt.

Kollege **August Schmitt**, Steindruckere aus Würzburg, geb. am 28. Juli 1890, Mitglied seit 27. Oktober 1907, wurde im August 1914 zum Heere einberufen, hat später im Urlaub geheiratet und ist seitdem verschollen.

Kollege **Hermann Schneider**, Steindruckere, zuletzt in Augsburg, geb. am 14. September 1888 in Schlaggenwald in Böhmen, Mitglied seit 17. März 1907, ist seit 1916 in Serbien vermißt und jetzt für tot erklärt worden.

Kollege **Arno Spange**, Steindruckere zuletzt in Jena, geb. am 16. Januar 1896 in Cospeda, Mitglied seit 26. April 1914, ist schon 1915 im Westen gefallen, näheres ist aber nicht bekannt.

Kollege **Heinrich Sievers**, Steindruckere aus Hannover, geb. am 3. März 1898, Mitglied seit 2. April 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 26. Mai 1912) ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Berichtigung. In Nr. 13 der »Graphischen Presse« vom 26. März 1915 haben wir unter den Kriegsoffern den Kollegen **Albert Schwidden**, Formsieder, geboren am 18. Januar 1892 in Crefeld, als gefallen gemeldet. Wie uns mitgeteilt wurde, ist Kollege Schwidden in Gefangenschaft gewesen und im Februar 1920 zurückgekehrt. — Wir berichten dieses mit Freuden und wünschen ihm noch ein recht langes Leben. Der Verbandsvorstand.

Kollege **Bruno Schön**, Lithograph, zuletzt in Dresden, geb. am 12. Mai 1877 in Zittau, Mitglied seit 1. Januar 1904, ist im Oktober 1919 in französischer Gefangenschaft gestorben.

Kollege **Oskar Pötzsche**, Steindruckere, zuletzt in Dresden, geb. am 26. November 1889 in Serkowitz, Mitglied seit 22. März 1908, galt als kriegsvermißt und ist jetzt für tot erklärt worden.

Kollege **Paul Biehn**, Lithograph, langjähriges Vorstandsmitglied in Kattowitz, Ob-Schlesien, geb. am 19. November 1879 in Liegnitz, Mitglied seit 3. April 1898, wurde am 6. Mai 1916 bei Verdun schwer verwundet und seitdem vermißt; jetzt wird angenommen, daß er tot ist.

Kollege **Robert Kutter**, Steindruckere aus Dresden, geb. am 2. November 1886, Mitglied seit 1. Mai 1905, galt bisher als kriegsvermißt und ist jetzt für tot erklärt worden.

Kollege **Nikodem Karnowka**, Steindruckere, zuletzt in Kattowitz i. Ob-Schlesien, geb. am 29. Mai 1882 in Rogan bei Ratibor, Mitglied seit 7. Oktober 1906, ist jetzt für tot erklärt worden, nachdem er seit November 1917 in der Flanernerschlacht vermißt war und nichts mehr von ihm bekannt wurde.

Kollege **Martin Neubert**, Steindruckere aus Dresden, geb. am 29. März 1888, Mitglied seit 22. April 1906, galt bisher als vermißt. Da seit Jahren keinerlei Nachricht von ihm zu erhalten ist, wird er jetzt als gefallen bezeichnet.

Kollege **Paul Kossmann**, Steindruckere aus Dresden, geb. am 19. Juli 1892, Mitglied seit 2. April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 15. März 1908) ist jetzt für tot erklärt worden, er war bisher als vermißt gemeldet.

Kollege **Hans Albrecht**, Steindruckere aus Dresden, geb. am 14. November 1891, Mitglied seit 3. April 1910 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 15. März 1908) war bisher als kriegsvermißt gemeldet und ist jetzt für tot erklärt worden.

Kollege **Ernst Höhne**, Lithograph, zuletzt in Erfurt, geb. am 8. April 1878 in Magdeburg, Mitglied seit 15. März 1908, ist verschollen; es wird angenommen, daß er gefallen ist.

Kollege **Reinhold Hüter**, Steindruckere zuletzt in Erfurt, geb. am 4. September 1896 in Elxleben, Mitglied seit 11. April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 21. Mai 1911) wird zu den Gefallenen gezählt, er war bisher als vermißt gemeldet.

Ehre ihrem Andenken!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt für unsere Lichtdruckabteilung einen tüchtigen

Lichtdruckpräparator

und einen

Lichtdruckmaschinenmeister

für Farbenlichtdruck. Angeb. mit Angaben über bisherige Tätigkeit etc. an

D. & R. Bischoff, Verlagsanstalt
München, Heßstraße 7.

Tüchtiger

Umdrucker

der auch mit der Maschine vertraut ist, wird gesucht. Angebote erbittet

Chromo-Lithographie »Rositz«
VI. Nikoleff
Sofia, Witoshkastraße 3.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 12399.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstattdarstellung.
Auskünfte durch die **Barmen**
Kunstgewerbeschule

Steindruckfarben

Schlagmetall, Bronze, etc., etc. kauft stets, auch kleine Posten.

E. Winkler, Farben u. Bronzen
Berlin 36, Reichenbergerstraße 120.

Für Steindruckereibesitzer

Lassen Sie sich bitte sofort
Prospekt über mein neues

Steinschleif-Präparat

für Zink und Stein senden,
unentbehrlich für jede
Druckerei, es spart Zeit,
Geld u. Steinmaterial.
VERTRETER gesucht!

Job. Kurzweil, Braunschweig,
Gabelsberger Straße 3.

Gesucht

2 oder 4 Bogenlampen für Gleichstrom 220, evtl. Umstausch gegen 2 Lampen Wechselstrom, System Körtling-Mathiesen.

Köhler & Lippmann,
Braunschweig.



Wolff's preisgekrönte

Bronzetinktur Kosmos

bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt.

Eine Probe überzeugt!

J. H. Wolff, G. m. b. H.

Deimold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem. Obermaschinenmeister überall gesucht!